
Amt für Raumentwicklung Uri
Rathausplatz 5
6460 Altdorf

Altdorf, 18. April 2021

Betrifft: Mitwirkung Agglomerationsprogramm Unteres Reusstal 4. Generation

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Furrer
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Uri nimmt die Gelegenheit gerne wahr, sich im Rahmen der Mitwirkung zum Agglomerationsprogramm Unteres Reusstal 4. Generation zu äussern.

Die zur Stellungnahme unterbreitete Vorlage weist einen grossen Umfang und eine hohe Komplexität auf. Es war uns nur beschränkt möglich, detailliert zu einzelnen Massnahmen Rückmeldungen auszuarbeiten. Aus diesem Grund erfolgt unsere Rückmeldung nicht im Online-Rückmeldeformular, sondern in Form des vorliegenden Briefs.

Einleitende Überlegungen

Wir begrüssen das Agglomerationsprogramm grundsätzlich als gutes Instrument, um im gesamten und eng vernetzten Unteren Urner Reusstal eine nachhaltige Verkehrs- und Siedlungsentwicklung über die Gemeindegrenzen hinweg anzustreben. Dabei stellt neben den erarbeiteten Massnahmen auch der Prozess selbst ein wichtiges Element dar. Leider zeigt die Art der nun vorliegenden Vernehmlassung, dass gerade bei der Mitwirkung noch erhebliches Potenzial brach liegt. Die umfangreichen und komplexen Unterlagen sind für Privatpersonen und Milizorganisationen kaum zu bearbeiten. Es stellt sich für uns daher die Frage, was man mit dieser Art der Mitwirkung bezwecken will. Wir bezweifeln, dass mit dem gewählten Vorgehen qualifizierte Rückmeldungen erfolgen. Es sind allenfalls

finanziell oder personell gut dotierte Institutionen in der Lage, sich einzubringen. Das kann zu einer unerwünschten Verzerrung der Rückmeldungen führen. Wir befürchten, dass mit diesem Prozess Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden, zu denen keine fundierte Diskussion stattgefunden hat.

Antrag 1:

Für zukünftige Planungen und Agglomerationsprogramme sind bessere und geeignete Mitwirkungsverfahren zu wählen, die es der Bevölkerung und den Milizorganisationen erlauben, sich qualifiziert einzubringen.

Zudem hegen wir Zweifel, ob Rückmeldungen aus der Mitwirkung überhaupt ernsthaft eine Chance haben, ins Agglomerationsprogramm aufgenommen zu werden. Da die Frist für das Einreichen des Agglomerationsprogramms beim Bund am 15. Juni 2021 endet, ist kaum eine zeitliche Reserve vorgesehen, um Rückmeldungen auch wirklich zu berücksichtigen. Es beschleicht uns daher der Eindruck, dass es sich bei der Mitwirkung um eine Alibiübung handelt.

Antrag 2:

Zusammen mit dem Einreichen des Agglomerationsprogramms beim Bund soll die Trägerschaft mit einer öffentlichen Medienmitteilung konkret aufzeigen, welche Anregungen aus der Mitwirkung eingeflossen sind.

Positive Aspekte

Wie einleitend erwähnt begrüssen wir den Ansatz des Agglomerationsprogramms, wonach Verkehr und Siedlungen aufeinander abgestimmt werden sollen. Die erarbeiteten Massnahmen erachten wir grundsätzlich als geeignet, um eine Entwicklung hin zu verdichtetem Bauen, einer Eingrenzung der Zersiedelung und einer Reduktion der Immissionen zu unterstützen. Die Massnahmen zur Förderung des Bus- und des Langsamverkehrs sowie Unterstützung von Tempo 30 innerorts sind richtig und zeitgemäss. Auch die Massnahmen zur Förderung von Trockensteinmauern sowie das neue Gerinne Schächen – Stille Reuss unterstützen wir als ökologisch und landschaftlich sehr sinnvoll.

Insbesondere begrüssen wir auch, dass der Prozess für die Ausarbeitung des Agglomerationsprogramms über die Gemeindegrenzen hinweg stattfindet und das Untere Urner Reusstal als ein gemeinsamer Raum angeschaut wird. Wir sehen in einer solchen Zusammenarbeit ein grosses Potenzial, das mittel- bis langfristig zu einem Zusammenschluss der Gemeinden des Unteren Urner Reusstals führen kann. Davon würden auch weitere Bereiche neben der Raum- und Verkehrsplanung profitieren.

Die in der Massnahme S4.4 explizit aufgeführten, partizipativen Dorfkern- resp. Zentrums-Entwicklungsprozesse sind aus unserer Sicht der richtige Ansatz für den Einbezug der Bevölkerung. Sie

stehen im Kontrast zu der Mitwirkung auf Stufe Agglomerationsprogramm, die wir wegen ihrer Form, Umfang, Komplexität und den knappen Fristen als problematisch erachten (vgl. Antrag 1 und 2).

Wir anerkennen die Bemühungen, durch das Ausarbeiten eines Agglomerationsprogramms der 4. Generation eine Mitfinanzierung von Massnahmen durch den Bund zu erreichen.

Kritische Aspekte

Insgesamt gehen die Ziele und Massnahmen in die richtige Richtung, sind jedoch zu wenig ambitioniert. Das zeigt sich exemplarisch an der Zielsetzung, dem MIV-Anteil von heute 55.5 % auf lediglich 50 % bis 2040 zu reduzieren.

Antrag 3:

Für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung sind deutlich ambitioniertere Ziele und Massnahmen anzustreben. Der MIV-Anteil muss, insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels, rascher und deutlicher gesenkt werden.

Der Veloverkehr wird im Sinn des Radwegkonzepts weiter gefördert, was wir grundsätzlich begrüssen. Es fehlen jedoch wichtige Massnahmen, die zum Teil seit längerer Zeit diskutiert werden.

Antrag 4:

Der Veloverkehr muss stärker gefördert werden. Dazu sind mindestens die folgenden Massnahmen aufzunehmen bzw. zu ergänzen:

- **Konkrete Umsetzung der Verbindung Schattdorf – Bahnhof Altdorf**
- **Verbindliche Vorgaben an die Gemeinden zur Ausarbeitung von kommunalen Velowegen als Ergänzung zu den kantonalen Velo-Verbindungen gemäss Radwegkonzept.**
- **Anbindung des kantonalen Radwegkonzepts an die kommunalen Velokonzepte und -routen.**
- **Vorgaben für eine E-Bike-Ladeinfrastruktur**
- **Ergänzung der Massnahmen FV4.7 «EWA-Kurve Bürglen» um eine Lösung für den Veloverkehr (neben der aktuell lediglich auf Fussgänger ausgelegten Massnahme)**
- **Höhere Gewichtung eines guten Anschlusses der Veloverbindungen in Richtung Schächental**

Der öffentliche Verkehr wird mit dem Agglomerationsprogramm weiter gefördert und führt insbesondere zu einer besseren Erschliessung dichter bebauten Gebiete. Die Siedlungsstruktur des Unteren Urner Reusstals weist jedoch auch grosse Gebiete mit weniger dichter Bebauung (Einfamilienhausquartiere) auf. Wir sehen hier ein Potenzial, um auch in diesen, mit klassischen Busverbindungen nur

schwer erschliessbaren Gegenden, durch neuartige Angebote eine Anbindung ans ÖV-Netz zu erreichen. Damit wird man unter anderem dem Umstand gerecht, dass es viele Menschen gibt, die nicht auf ein Auto zurückgreifen können.

Antrag 5:

Mit neuartigen Angeboten soll das ÖV-Angebot auch auf Einfamilienhausquartiere ausgeweitet werden.

Die vorgesehenen Tempo30-Zonen erachten wir als wichtig, um den Verkehr in den Dorfkernen besser siedlungs- und umweltverträglich zu gestalten. Wir können jedoch nicht erkennen, weshalb in Schattdorf der nördliche Teil der Dorfstrasse davon ausgenommen werden soll. Dieser Abschnitt ist heute bereits von reiner Wohnnutzung umgeben und dem Lärm des Verkehrs ausgesetzt.

Antrag 6:

Die Tempo30-Zone soll auf den nördlichen Teil der Dorfstrasse Schattdorf ausgeweitet werden.

Das Zukunftsbild sieht in grossen Teilen ein «Geflecht aus Kultur- und Siedlungslandschaft» vor. Das entspricht weitgehend der heutigen Realität. Entsprechend offensichtlich sind auch die Nachteile dieser vermischten Nutzung:

- Negativer Einfluss des Kulturlands auf die Siedlungsnutzung (Lärm, Gestank) mit erheblichem Konfliktpotenzial.
- Kulturland weist wenig Erholungscharakter auf, da es der Bevölkerung nicht zur Verfügung steht.
- Kulturland, im Unteren Urner Reusstal meist Wiesland, weist wenig ökologischen Wert auf.
- Die Erschliessung der Siedlungsnutzung ist aufgrund der geringen Dichte sehr aufwändig und kostenintensiv.
- Die geringe Dichte der Siedlungsnutzung erschwert eine ÖV-Erschliessung und führt zu mehr Autoverkehr.

Antrag 7:

Die Gebiete mit «Geflecht aus Kultur- und Siedlungslandschaft» sollen weitgehend aus dem Zukunftsbild eliminiert werden. Dazu sind die Massnahmen zur Förderung einer höheren Dichte im Siedlungsgebiet und zur klaren Trennung zwischen Siedlung und Kulturland weiter auszubauen.

Zusammenfassend unterstützt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Uri das Agglomerationsprogramm 4. Generation. Wir sehen jedoch Bedarf für ambitioniertere Ziele und weitergehende Massnahmen. Zudem sehen wir den Bedarf, die Mitwirkung der Bevölkerung, Parteien und Verbände anders umzusetzen, um eine echte Partizipation zu ermöglichen.

Wir danken für die Möglichkeit, unsere Position in einer Stellungnahme einzubringen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei des Kantons Uri